

Heft 37

Autorenkollektiv

Klarheit über sozialistische Demokratie erkämpfen!

Rote Hefte

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

1 Euro

Klarheit über sozialistische Demokratie erkämpfen!

Es gibt eine zentrale Frage, über die in der bürgerlichen Demokratie nicht abgestimmt werden darf und kann: Darüber, wem die Banken und Industriekonzerne, wem das eigentliche Zentrum der kapitalistischen Gesellschaft in ökonomischer Hinsicht gehören soll. Wer hat dort das Sagen? Wer bestimmt, wem die Banken und Konzerne gehören? Wer darf darüber entscheiden, darüber abstimmen?

So wie in der UNO nicht „abgestimmt“ werden kann, daß die Geldmittel des Großkapitals an die Hungernen und Ausgebeuteten verteilt oder die Ausbeutung abgeschafft werden soll, so kann in Deutschland das bürgerliche Parlament – egal in welcher Parteien-Zusammensetzung – nicht darüber „abstimmen“, daß die ganze ökonomische Macht der herrschenden Klasse durch vorbehaltlose Enteignung gebrochen werden soll. Im Notfall ist da noch die Bundeswehr.

Die sozialistische Demokratie erfordert als Voraussetzung, daß die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln geklärt wurde: Banken, Industrie, Grund und Boden werden als zentrale Maßnahme der sozialistischen Demokratie, also der Mehrheit der Arbeiterklasse im Bündnis mit der Masse der ausgebeuteten Werktätigen, enteignet und in die Hände des sozialistischen und demokratischen Staates, also in die Hände der Masse der ehemals ausgebeuteten Arbeiterinnen und Arbeiter gelegt.

Wer meint, daß dies von den Ausbeuterklassen einfach hingenommen wird, lügt entweder bewußt oder hat aus der Geschichte nichts gelernt und wird so oder so eines Besseren belehrt werden: Die sozialistische Demokratie setzt, wenn wir uns ihre Entstehung anschauen, zunächst einen „despotischen“ Eingriff in die Eigentumsverhältnisse voraus. Und dieser Eingriff wird unvermeidlich von den enteigneten Ausbeutern, die ihrer Freiheit auszubeuten beraubt werden, als Diktatur und Freiheitsentzug beschimpft – ähnlich wie die Sklavenhalter die Zerschlagung der Sklaverei als Aufhebung ihrer Freiheit, Sklaven zu besitzen, aufgefaßt haben.

Eine vernichtende Kritik der Heuchelei der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, so notwendig und unersetzlich sie ist, erklärt und begründet aber noch nicht die Notwendigkeit und die Merkmale der sozialistischen Demokratie.

Im nachfolgenden Teil sollen die unverzichtbaren Hauptmerkmale und die offensichtlichen Hauptprobleme der sozialistischen Demokratie in einem neu aufgebauten sozialistischen Staat behandelt werden. Dieser Staat ist nur dann wirklich kein Polizeistaat wie z.B. in der DDR oder der Sowjetunion der 60er, 70er und 80er Jahre, wenn die Unterdrückung der Konterrevolution auf der Basis sozialistischer Demokratie und mit dem Ziel des Schutzes der sozialistischen Demokratie und des Aufbaus des Sozialismus erfolgt.

I. Drei wesentliche Ausgangspunkte zum Verständnis der sozialistischen Demokratie

Hier sind wir bei dem Punkt, daß in gängigen Darstellungen und Diskussionen ein unlösbarer Widerspruch zwischen Demokratie und Diktatur behauptet wird. Woher diese falsche Darstellung kommt, liegt auf der Hand: Den herrschenden Ausbeuterklassen ist schon immer daran gelegen zu vertuschen, daß ihre geschichtlichen demokratischen Staatsformen gleichzeitig Diktaturen waren – wie die Athener Demokratie gleichzeitig eine Diktatur der Sklavenhalter war: Die in diesem Zusammenhang entscheidende Frage ist seit über 2000 Jahren „Demokratisch für wen?“, „Diktatorisch über wen?“ Zu lernen, dass Aktionen gleichzeitig diktatorisch, aber eben auch zutiefst demokratisch sein können, das ist sozusagen der Schlüssel, der Kern des gesamten Fragenkomplexes über sozialistische Demokratie. Wird dieser Gedanke nicht als Grundbedingung verstanden und akzeptiert, kann auch das Verhältnis von sozialistischer Demokratie und Diktatur des Proletariats, von demokratischen und diktatorischen Aufgaben des sozialistischen Staates, nicht richtig erklärt werden.

Gewaltsame und bewaffnete sozialistische Revolution – Beginn der sozialistischen Demokratie und der Unterdrückung der Konterrevolution

Die Er kämpfung der Macht der Arbeiterklasse setzt zunächst einmal vor-

aus, daß die Arbeiterklasse und ihre Verbündete, die Masse der anderen Ausgebeuteten und Werktätigen, die gewaltsame Revolution gegen die Bourgeoisie durchführen und den bürgerlichen Staatsapparat im bewaffneten Kampf zerschlagen. Diese proletarische Revolution ist entgegen der Hetze der bürgerlichen Ideologen eben ein zutiefst demokratischer Akt, weil sie nicht von einem Häuflein von Aktivisten oder von den bewußtesten Teilen der Arbeiterklasse allein als Aktion einer Minderheit durchgeführt wird, sondern weil sich diese Revolution auf die breite Masse des Proletariats stützt und von der Sympathie der Mehrheit der ausgebeuteten Massen getragen wird.

Die Betonung des demokratischen Gehalts der proletarischen Revolution im Hinblick auf die daran Beteiligten ist eine Sache. Hinzu kommt, daß das Ziel dieser Revolution, nämlich die Errichtung einer Demokratie für die ausgebeutete Mehrheit über die ausbeutende Minderheit als erster Schritt hin zur Errichtung einer klassen- und staatenlosen kommunistischen Gesellschaft, eben auch ein zutiefst demokratisches Ziel ist. Und nicht zuletzt legitimiert sich der sozialistische Staat auf seinem ganzen Weg zum Kommunismus durch die Frage: Hat der sozialistische Staat die Mehrheit hinter sich? Begreifen die Massen ihn als ihren Staat, an dem sie sich maximal beteiligen, für den sie kämpfen?

Die Enteignung der Banken, Fabriken, des Grund und Bodens

Die Er kämpfung der Demokratie, genauer: der sozialistischen Demokratie,

bedeutet zunächst die Erkämpfung einer wirklichen, auch die wirtschaftlichen Fragen einbeziehenden Demokratie, bedeutet zunächst die Erkämpfung einer Demokratie, in der die tatsächliche Mehrheit auch über die Fragen des Besitzes an Produktionsmitteln, auch über die Eigentumsfrage bestimmt.

Wer entscheidet denn hier und heute die Frage, ob Banken, Konzerne, Fabriken, Infrastrukturen usw. Privateigentum einzelner oder kollektives Eigentum aller sind? Schon allein die Fragestellung macht spürbar, wie zutiefst undemokratisch die ganze Welt heute organisiert ist, wie zutiefst undemokratisch die bürgerlich-demokratischen Staaten in dieser Frage sind, weil die ökonomische Macht in den Händen einer kleinen Minderheit liegt. Entscheidende Voraussetzung, um an die Schaffung sozialistischer Demokratie zu denken, ist und bleibt die Frage des Eigentums, der Ökonomie, der Verfügungsgewalt über die Kommandohöhen der Wirtschaft.

Denn im Gegensatz zu der phrasenhaft formal proklamierten Gleichheit der bürgerlichen Demokratie geht es dem von den ausgebeuteten und werktätigen Massen unter Führung der Arbeiterklasse erkämpften und errichteten sozialistischen Staat darum, überhaupt die materiellen Voraussetzungen für die Realisierung, für die Inanspruchnahme der demokratischen Rechte durch die ehemals unterdrückte Mehrheit zu schaffen. Von Gleichheit, Freiheit oder Demokratie zu sprechen, ist Betrug, wenn nicht auch die Befreiung vom Kapital miteingeschlossen wird. Die Enteignung der Banken und Fabriken ist die materielle Grundvoraussetzung für die Abschaf-

fung des Regimes der Ausbeutung und der Abschaffung der Lohnarbeit, für die Organisierung eines Lebens ohne Ausbeutung.

Zur Weiteren Unterdrückung der Konterrevolution

Angesichts der eigentlich lächerlichen Beschimpfung der sozialistischen Demokratie als „despotischer und diktatorischer Freiheitsentzug“ stellten bereits Marx und Engels klar: Ja, gegenüber den Konterrevolutionären und Ausbeutern und ihren Repressionsorganen werden die Arbeiterinnen und Arbeiter und ihre Verbündete despotisch, diktatorisch vorgehen! Denn die gestürzten Herren und ihre Helfer bleiben auch nach der siegreichen proletarischen Revolution (durch ihre Erfahrungen, durch ihre internationalen Verbindungen, durch ihre finanziellen Mittel und nicht zuletzt durch die Macht der Gewohnheit) gefährlich und werden alle Mittel der Gewalt, des Terrors, der Sabotage, der ideologischen Einflußnahme anwenden, um ihr Eigentum und ihre politische Herrschaft zurückzugewinnen. Wie die Sklavenhalter im Altertum oder der feudale Adel im Mittelalter, so wird auch die Bourgeoisie ihren Platz in der Geschichte nicht ohne den verzweifeltsten, erbittertsten Kampf aufgeben und freiwillig räumen.

Die Pointe ist eben, das dieses diktatorische Vorgehen, diese gewaltsamen und Zwangsmaßnahmen gegen eine ausbeuterische und antidemokratische Minderheit von der großen Mehrheit der Ausgebeuteten und Werktätigen unter Führung der Arbeiterinnen und Arbeiter in einem Land getragen wird als Maß-

nahme der sozialistischen Demokratie. Das ist eben einer der zentralen Punkte für ein richtiges Verständnis der von Marx geprägten Formulierung „Diktatur des Proletariats“.

II. Merkmale und Funktionen der sozialistischen Demokratie

1. Die in gewisser Hinsicht entscheidenden Fragen für die sozialistische Demokratie, die zunächst „diktatorisch“ in die Eigentumsrechte des Kapitals eingreift und das Kapital in der gewaltsamen sozialistischen Revolution enteignet, kommen nach der Zerschlagung des alten reaktionären Staatsapparates: Was ist demokratisches, was ist undemokratisches Vorgehen? Was unterscheidet die sozialistische Demokratie von der bürgerlichen Demokratie? Welche historisch erprobten Prinzipien der Demokratie als Methode zur Entscheidung grundlegender politischer Fragen muß der sozialistische Staat sozusagen übernehmen? Gegen welche Vorstellungen muß er einen Kampf führen? Ist der neu aufgebaute Apparat des sozialistischen Staates überhaupt wirklich sozialistisch, ist er überhaupt wirklich demokratisch? Wie zeigt sich das, wie beweist sich das und welche grundlegenden Kriterien und Überlegungen stehen hinter den geschichtlichen Formen der sozialistischen Demokratie, von denen wir wissen, daß sie dann doch in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts offensichtlich umschlugen in polizeistaatliche Staatsformen, in antidemokratische Herrschaftsformen einer neuen Bourgeoisie, die ihre Diktatur mit Phrasen über Marx und Sozialismus verhüllte? Diese großen grundlegenden Fra-

gen können hier sicherlich nicht umfassend beantwortet werden, sehr wohl aber können grundlegende Aspekte behandelt werden.

Die Auseinandersetzung mit den Merkmalen der sozialistischen Demokratie kann nicht dadurch vom Tisch gewischt werden, daß mit der Phrase vom „demokratischen Sozialismus für alle“ vom eigentlichen Problem abgelenkt wird. Mit der Phrase über den „Sozialismus mit demokratischem Antlitz“ soll die Klassenfrage, die Eigentumsfrage, die Frage der Notwendigkeit der Unterdrückung der Konterrevolution verschleiert, an den „Humanismus“ und das „Mitleid“ mit der alten Zarenfamilie, mit dem Kaiser von China, dem „armen“ Krupp etc., also mit den Reaktionen, mit dem Kapital, appelliert werden.

Für kommunistische Kräfte stellt sich eine ganz andere Frage: Ohne jeden Zweifel ist die Diktatur über die Konterrevolution, ihre gewaltsame Unterdrückung notwendig, unerläßlich und in diesem Sinne die Voraussetzung überhaupt dafür, daß sozialistische Demokratie für die große Masse der Werktätigen erreicht und geschützt werden kann. Aber – und darauf kann nach den Erfahrungen mit den pseudosozialistischen Polizeistaaten in den letzten Jahrzehnten nicht nachdrücklich genug hingewiesen werden – die sozialistische Demokratie muß nachvollziehbar, beweisbar sein. Sie muß ein anziehendes Beispiel sein für die freie produktive Entfaltung der Fähigkeiten der großen Masse der Werktätigen, die mit Hilfe der Mechanismen der sozialistischen Demokratie dann auch wirklich die Staats-

macht der Mehrheit, der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten real ausübt.

„Diktatur des Proletariats“ ist insofern ein zutiefst demokratischer Begriff, weil nicht allein von Diktatur, sondern eben von der Diktatur der Arbeiterklasse die Rede ist. Die Arbeiterinnen und Arbeiter üben diese Diktatur im Bündnis mit den ehemals ausgebeuteten und werktätigen Massen als Mehrheit über die kleine Minderheit der Konterrevolution und ihre Helfer aus. Je umfassender ihre Beteiligung an dieser unerläßlichen Aufgabe ist, um so besser. Je umfassend demokratischer die Arbeiterklasse organisiert ist, um so schlagkräftiger kann der allseitige Kampf gegen die Ausbeuter und gegen die Konterrevolution vorangetrieben werden. Die Ausübung der Diktatur des Proletariats ist also fest verknüpft mit der Entfaltung der sozialistischen Demokratie, mit der Entfaltung der Eigeninitiative und der demokratisch organisierten Aktivität der Masse der Werktätigen unter Führung der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Diese diktatorische Aufgabe des sozialistischen Staates, die viel Kraft und Energie kostet, betrifft allerdings nur ein Aufgabenfeld, das jedoch unerläßlich ist und nicht eingeschränkt werden darf, auch wenn ein weiteres großes, auf das Ziel des Kommunismus ausgerichtetes Aufgabenfeld gleichzeitig angepackt werden muß: Die Planung, Organisation und der Aufbau eines Lebens ohne Ausbeutung, die Schaffung und der Ausbau von immer durchsichtigeren demokratischen Verhältnissen bei Konflikten und Widersprüchen innerhalb der ehemals Unterdrückten. Diese sozusagen konstruktive Seite des sozialistischen Staates, die Entfaltung der

sozialistischen Demokratie und Ökonomie, ist die eigentliche Quelle der Energie und Begeisterung, die auch die Kraft hervorbringt, im notwendigen Kampf gegen die Konterrevolution nicht nachzulassen.

2. Der Einwand, ob etwas richtig oder falsch ist, könne nicht von der Mehrheit entschieden werden, denn „2 x 2“ sei nun halt mal 4, auch wenn eine Mehrheit beschließt, daß es 5 sein soll – dieser Einwand ist demagogisch und enthält eine Halbwahrheit.

Es ist wahr, daß die Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter, die nach der Revolution die Macht innehaben, ihren Staat aufgebaut haben, auch mit sozialistischer Demokratie zu falschen Entscheidungen, zu falschen Entscheidungen, die von einer großen Mehrheit getragen werden, kommen kann. Allerdings – und darauf kommt es an – können solche falschen Entscheidungen dann demokratisch korrigiert werden.

Wir sehen hier grob gesagt zwei Gründe für solche problematischen Entscheidungen:

- Die noch aus der alten Gesellschaft überlebten reaktionären Gewohnheiten oder Ansichten sind auch nach der proletarischen Revolution noch nicht auf einen Schlag überwunden. So wurde etwa in der revolutionären Sowjetunion direkt nach 1917 trotz aller Problematiken (u.a. die Verwendung von Getreide nicht als Grundnahrungsmittel sondern zum Herstellen von Alkohol oder das Problem des Alkoholismus) das Wodka-Brennen nicht verboten. Hier gilt, daß nicht die Ansicht der Kommunistischen Partei und die wissenschaftlich gestützte Argumentation allein ausschlaggebend ist, sondern daß zur sozialistischen

Demokratie eben auch gehört, daß man mit falschen Mehrheitsentscheidungen zeitweilig leben und im Rahmen der sozialistischen Demokratie darum kämpfen muß, diese Entscheidungen zu korrigieren.

● All das gilt auch, wenn die Ursache für eine Fehlentscheidung nicht in der bürgerlichen Ideologie, sondern auf einem ungenügenden Wissenstand beruht.

Die bisherigen sozialistischen Demokratien geben uns also nicht nur Beispiele für richtige Entscheidungen, sondern auch für aus der Situation heraus, aus der Tradition und aus dem jeweiligen Stand des Wissens und der Wissenschaft zu erklärende Fehlentscheidungen, die dennoch der Meinung der Mehrheit der Arbeiterklasse entsprachen. Nicht umsonst erklärte Lenin, daß die Macht der Gewohnheit die fürchterlichste Macht ist und daß die Befreiung davon ein langwieriger Kampf ist.

Der Prozeß der Meinungsbildung, der demokratische Prozeß der Meinungsentscheidung hängt wesentlich davon ab, ob umfassend die logische Argumentation, das Pro und Contra einerseits, aber auch umfassend das Kräfteverhältnis, die reale Lage ernsthaft und kontrovers analysiert und bewertet wird. Gerade wenn rasche Entscheidungen getroffen werden müssen, die keine erschöpfende Beratung zulassen, wird es nicht selten noch offene Punkte, nicht selten noch nicht 100% zu klärende Sachverhalte geben und trotzdem muß entschieden werden, und zwar – eine andere Möglichkeit gibt es nicht – demokratisch entschieden werden, d.h. von den für solche Entscheidung demokratisch autorisierten Gremien. Die Rol-

le der Kommunistischen Partei muß in dieser Hinsicht vorbildlich sein.

3. Über alles urteilen können und alles bewußt tun – diese hohen Anforderungen zur Entfaltung und Ausweitung der sozialistischen Demokratie erfordern nicht nur Transparenz und maximale Vereinfachung der staatlichen Tätigkeiten, was mehr und mehr gesonderte „Vollzeit“-Staatsangestellte überflüssig machen wird, sondern auch, daß das Wissen und die Bildung der breiten Masse der Werktätigen immer qualifizierter wird, sie über alles Bescheid wissen.

Die Entfaltung der sozialistischen Demokratie basiert auf der Hebung der Bewußtheit und Aktivität der Massen, durch die immer größere Teilnahme der breiten Masse der Werktätigen an der Staatsmacht auf immer mehr Gebieten. Ein wichtiges Merkmal der sozialistischen Demokratie ist also, ob dieser kulturevolutionäre Aspekt, die aktive Beteiligung der allseitig gebildeten und wissenden Werktätigen gefördert, ausgebaut wird oder nicht. (Diese Frage ist im übrigen viel entscheidender als die Frage, ob dieser oder jenen Gruppe von Ausbeutern und Reaktionären zeitweilig das Wahlrecht entzogen wird oder nicht.)

4. Es wäre fatal, bei „Bedrohung der sozialistischen Demokratie“ nur an aktive Konterrevolutionäre zu denken. Die Notwendigkeit, effektive Formen der Organisation aufzubauen, schließt auch ein, daß neue, relativ feste Strukturen entstehen, daß ein Staatsapparat entsteht mit Äußerlichkeiten, die auf den ersten Blick an den bürgerlichen Staat erinnern: Ministerien, Behörden, Justizwesen, Polizei und Militär. So ist in

der Vereinfachung der staatlichen Verwaltungstätigkeit, die ja eine Voraussetzung ist für die maximale Beteiligung der Massen an den Staatsaufgaben ist, in der Organisierung größter Effizienz auch die Gefahr enthalten, daß eine negative Routiniertheit entsteht, die Sinn und Inhalt einzelner Entscheidungen oder Aufgaben zunehmend in den Hintergrund drängt, nicht mehr in Frage stellt.

Hinzu kommt die kleinbürgerlich-egoistische Tendenz von „Funktionsträgern“ sich unentbehrlich zu machen und ihre Bedeutung zu erhöhen, in dem sie die Verhältnisse unnötig verkomplizieren, undurchsichtig gestalten und dadurch eine gewisse unkontrollierte Macht anhäufen, kurz: die Tendenz zur Bürokratie, die den sozialistischen Staat in ein sich selbst erhaltendes System verwandelt anstatt sich durch Vereinfachung der Staatsgeschäfte und Beteiligung der Massen immer mehr selbst überflüssig zu machen.

Aufgrund der historischen Erfahrungen der sozialistischen Demokratien wissen wir, daß dieses Problem ein zweifaches ist: Während unmittelbar nach der Revolution sich das Problem der Bürokratie zunächst darauf konzentriert, daß der sozialistische Staat noch in Ermangelung eigener „roter“ Spezialisten aus den Reihen der Werktätigen für bestimmte Tätigkeiten auf bürgerliche Verwaltungsspezialisten zurückgreifen muß, besteht in der Phase des sozialistischen Aufbaus zunehmend das Problem darin, daß sich früher kämpferische Kommunistinnen und Kommunisten, in Produktion und Klassenkampf erprobt, bei der Ausübung staatlicher Verwaltungstätigkeit wichtig machen, kom-

mandieren, kurz: negative Züge annehmen, die eben auch überhand nehmen, wenn sie nicht umfassend bekämpft werden.

Bürokratismus, blinde Disziplin, Sinnentleerung – auch das sind die historischen Erfahrungen der sozialistischen Demokratien – bildeten den Nährboden für kommunistisch lackierte Bürokraten und Karrieristen, die sich in „neue Herren“, in eine neue Bourgeoisie verwandelten und den Kapitalismus restaurierten.

Der kulturevolutionäre Aspekt, der antibürokratische Aspekt, der Kampf gegen wichtiguerische und geistlose Bürokraten, der Anspruch, die breite Masse der Werktätigen durch Zugang zur Bildung und Durchsichtigkeit maximal in die Lage zu versetzen, sich zu informieren, Entscheidungen zu beurteilen, sich an der konkreten Leitung des Staates zu beteiligen, die maximale Entfaltung der Kritik und Selbstkritik „von unten“ und der Rechenschaftspflicht – all diese Aspekte sind Gradmesser für die Mobilisierung der Massen, für ihre Teilhabe an der Leitung des Staates, sind Merkmale der sozialistischen Demokratie genau so wie das Fehlen von Angst und Beklemmung gegenüber den Organen des sozialistischen Staates unzweifelhaft zu den Merkmalen sozialistischer Demokratie gehören.

5. Die sozialistische Demokratie entsteht und entfaltet sich also nicht nur im Kampf mit der Konterrevolution, sondern auch immer im Kampf mit dem von ihr selbst geschaffenen Apparat. Dieser Apparat ist notwendig und unerläßlich, muß aber von dem Grundgedanken getragen sein, sich selbst überflüssig zu machen, indem die Arbeits-

vorgänge so vereinfacht werden, daß ein „Staatsposten“ kein gesonderter „Full-time-Job“ mehr ist, sondern die Arbeitenden selbst neben ihrer täglichen Arbeit in der Produktion diese Verwaltungstätigkeit mitübernehmen und erledigen können. Auf dieser Grundlage vollzieht sich das Absterben des Verwaltungsapparates im direkten Verhältnis zur Vereinfachung seiner Funktionen, seiner maximalen Durchsichtigkeit und Beschränkung auf das Wesentliche. So entsteht mit der zunehmenden Aktivität und der Bewußtheit der Massen die Voraussetzung, daß wirklich nach und nach alle ehemals Ausgebeuteten und Unterdrückten an der Verwaltung des Staates teilnehmen können.

6. Im weltweit siegreichen Kommunismus, der keine Klassen, keinen Staatsapparat mehr kennt, wird es die Demokratie als Staatsform logischerweise auch nicht mehr geben. Dennoch werden im Kommunismus und auf dem Weg zum Kommunismus Merkmale sozialistisch-demokratischer Methoden existieren: Es wird Debatten mit demokratisch mehrheitlich gefaßter Beschlußfassung geben. Die demokratischen Beziehungen der großen Masse der Werktätigen werden das gesamte Alltagsleben, in den Betrieben und Arbeitsstellen sowie die Regelung im Grunde sämtlicher Fragen des menschlichen Zusammenlebens bestimmen. Diese demokratischen Beziehungen werden eine Atmosphäre schaffen, in der Argumente an erster Stelle stehen und im Meinungsstreit ausgetauscht und ausgefochten werden und in der nicht Intrigen und Machtverhältnisse entscheiden. Kurz, es muß die innere Einstellung der Masse der Werktätigen geprägt sein von die-

ser Mentalität demokratischen Denkens und Handelns, der öffentlichen Debatte, der fairen Auseinandersetzung bis hin zu Abstimmung und Mehrheitsentscheidung. Diese Atmosphäre, diese innere Einstellung wird dann im Kommunismus zur vollen Entfaltung gelangen.

7. Eines der größten Themen im Kampf zwischen Kapitalismus und Kommunismus war und ist das Gebiet der Gewährung bzw. der Einschränkung der klassischen bürgerlich-demokratischen Freiheiten, wie sie nach den bürgerlich-demokratischen Revolutionen in den bürgerlichen Verfassungen festgeschrieben wurden und später auch in den Verfassungen der sozialistischen Sowjetunion, Chinas, Albanien usw. aus gutem Grund auch ihren Niederschlag fanden. Wir meinen z.B. die freie Meinungsäußerung, die Versammlungsfreiheit, die Pressefreiheit, die Demonstrationsfreiheit.

Zurecht wird darauf hingewiesen, daß in existierenden bürgerlichen Demokratien diese Freiheiten zwar formal bestehen, doch in der Realität doppelt eingeschränkt sind: zum einen durch die fehlenden materiellen Bedingungen für die Inanspruchnahme dieser Freiheiten für die breiten Massen (besonders deutlich bei der Pressefreiheit bzw. beim privatkapitalistischen Eigentum der Verlage und Zeitungen) und zum anderen durch gesetzliche Hintertürchen und praktische Verletzungen dieser Freiheiten durch Einschüchterungen, Strafverfahren, Streikverbot, Demonstrationsverbot usw.

Indem die kommunistischen Kräfte als Vertreter der sozialistischen Demokratie diese Heuchelei, diese Mißstände in der Praxis anprangern, übernehmen

sie die Aufgabe, diese demokratischen Grundrechte – die, das sei nebenbei bemerkt im Kern, keinesfalls eine Erfindung erst der Bourgeoisie sind – mit in das Programm der sozialistischen Revolution aufzunehmen und zu verwirklichen. Allerdings ohne Heuchelei, ohne Widerspruch zwischen Proklamation und Praxis, zwischen Wort und Tat, ohne falsche Vorstellungen über den angeblich absoluten Charakter der bürgerlichen Rechte und Freiheiten.

Die Kommunisten müssen offen und ehrlich erklären, an welchem Punkt sie diktatorisch und nicht demokratisch vorgehen. Deshalb hat Marx bewußt den Begriff der „Diktatur des Proletariats“ geprägt. Die sozialistische Demokratie enthält den Konterrevolutionären demokratische Rechte vor und spricht dies auch offen aus. Denn in der Realität können ja nur so die demokratischen Rechte für die ehemals Ausgebeuteten verteidigt werden. Dabei muß die sozialistische Demokratie eben klarstellen, daß eine solche Entziehung politischer Rechte, daß solche Freiheitsbeschränkungen nur als Maßnahmen notwendig sind, um den Versuchen der Ausbeuter und Klassenfeinde, ihre Privilegien zu behaupten oder wiederherzustellen, entgegenzutreten.

Es ist rasch einsichtig, daß die militärische und politische Organisation der Konterrevolution unterdrückt werden muß und diese Unterdrückung legitim ist. Die Schwierigkeit beginnt dort, wo es um Meinungsäußerungen, um Kunst, Kultur, oder Philosophie geht. Allerdings wissen wir auch, daß nach der Brechung des militärischen und ökonomischen Widerstandes der Ausbeuterklassen, nach der Niederschlagung der

offenen Konterrevolution der Kampf zur Brechung des ideologischen Widerstandes der Ausbeuter und Reaktionäre überragende Bedeutung gewinnt. Und dieser Kampf ist schwieriger und langwieriger als die Zerschlagung der Werkzeuge, Mittel und Medien der ideologischen Herrschaft der Bourgeoisie.

Der sozialistische Staat darf deshalb die Verschärfung des Klassenkampfes nicht nur auf das Militärische oder Politische einschränken, sondern muß diesen Klassenkampf immer weiter ausdehnen und verfeinern, um Bourgeoisie und Kapitalismus wirklich in allen Bereichen – gerade auch im ideologischen Bereich – zu vernichten.

Wenn also an dieser oder jenen Stelle im Kontext mit politischen und militärischen Operationen der Konterrevolution möglicherweise aus gutem Grund auf ideologischem Gebiet diktatorische Eingriffe erfolgen mußten und müssen, bleibt dennoch das grundsätzliche Problem, daß der reale Klassenkampf des Proletariats nicht steril, sondern nur in der aktiven Auseinandersetzung mit der Ideologie und der Theorie der Konterrevolution der internationalen Bourgeoisie und ihren theoretischen und philosophischen Vorläufern durchgeführt werden kann.

8. Für die Idee, die unterdrückerische Seite des Staates, also namentlich auch die Armee und Sicherheitsorgane, in der Sowjetunion der 30er Jahre „absterben“ zu lassen, war bei der politischen Analyse der Gesamtsituation schlicht und ergreifend kein Platz. Durch die internationale Zuspitzung des Kampfes zwischen Revolution und Konterrevolution mußten im Gegensatz zu abstrakter Planung ganz konkret Mittel und Kräfte in

großem Ausmaß für den Kampf gegen die Konterrevolution bereitgestellt werden. Statt ihn absterben zu lassen, mußten diese Bereiche des sozialistischen Staats nicht nur am Leben erhalten, sondern personell und technisch verstärkt werden. Der Sieg über den Nazi-Faschismus bewies die Richtigkeit dieser Entscheidung.

Gerade für diese unterdrückerischen Aufgaben des sozialistischen Staates muß jedoch – angesichts der abschreckenden polizeistaatlichen Zerrbilder der revisionistischen Staaten – bewußt sein, dass sie zu einer revisionistischen Polizeidiktatur verkommen, wenn sie nicht von der Hebung der Bewußtheit der Soldatinnen und Soldaten und von der immer engeren Verbindung der Armee und der anderen Sicherheitsorgane mit der Masse der Werktätigen begleitet wird.

Es ist also eine zentrale Aufgabe, das Verhältnis zwischen der unterdrückerischen Seite des sozialistischen Staates, also der Abwehr der Konterrevolution, und der konstruktiven Seite des sozialistischen Staates, also dem eigentlichen sozialistischen Aufbau, sehr konkret festzulegen auf der Basis der theoretischen Analyse des jeweiligen Zeitabschnitts und der jeweiligen Situation.

Und das Problem erschöpft sich noch nicht einmal an diesem Punkt. Wenn die Konterrevolution dem siegreichen Proletariat den offenen Krieg erklärt und das Land überfällt, tritt nicht nur die unterdrückerische Seite, der Kampf gegen die Konterrevolution, in den Vordergrund. Unter den Bedingungen eines imperialistischen Überfalls beispielsweise müssen auch die demokratischen Beziehungen zwischen den Werktäti-

gen, muß die sozialistische Demokratie eingeschränkt werden oder genauer: Es müssen andere, an diese Kriegssituation angepaßte Formen sozialistischer Demokratie in Zeiten des Krieges herausgearbeitet und gefestigt werden.

III. Formen sozialistischer Demokratie

1. Die Pariser Kommune von 1871, die knapp 3 Monate existierte, war der weltgeschichtlich erste erfolgreiche Versuch der Errichtung der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Demokratie. Marx, der sich begeistert auf die Seite der Kommunisten stellte und ihren heroischen Kampf gegen Verleumdungen und Defätismus insbesondere in seinem Werk „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ verteidigte, aber auch ihre Fehler solidarisch kritisierte, hat dort vor allem auch die Erfahrungen der Pariser Kommune im Hinblick auf die errichtete sozialistische Demokratie ausgewertet.

Marx stellte fest, daß die Pariser Kommune nicht nur den erfolgreichen Versuch unternommen hatte, den Beamten-, Gerichts-, Militär- und Polizeiapparat, den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen sondern auch die Aufgabe in Angriff nahm, den alten Staat durch einen neu aufzubauenden revolutionären Staat zu ersetzen.

Als eine erste Maßnahme, so hebt Marx hervor, ersetzte die Pariser Kommune den alten reaktionären Militärapparat aus Polizei und Armee durch die bewaffneten Arbeiter und Arbeiterinnen. Dies war die entscheidende Grundlage, um die Ausbeuter und Reaktiönäre unterdrücken und niederhalten

zu können und die Pariser Kommune gegen die Versuche der Ausbeuter, ihre alte Macht wiederherzustellen, zu verteidigen. Die Macht der bewaffneten Arbeiter und Arbeiterinnen – das war der Kern des neuen revolutionären Staates.

Der alte Verwaltungs- und Beamtenapparat wurde ersetzt durch eine sich selbst verwaltende Massenorganisation der Arbeiterinnen und Arbeiter, die vor allem durch drei grundlegende Merkmale gekennzeichnet war:

a) Die Pariser Kommune war eine nicht-parlamentarische Einrichtung. Insbesondere die für den bürgerlichen Parlamentarismus typische sogenannte „Gewaltenteilung“ wurde beseitigt. Die Pariser Kommune war beschließendes und bevollmächtigtes Organ, das Gesetzgebung und Vollziehung in sich vereinigte. Die von den Arbeiterinnen und Arbeitern in die Kommune gewählten Vertreterinnen und Vertreter mußten also selbst für die Durchführung der von ihnen verabschiedeten Gesetze sorgen, sie mußten die Ergebnisse ihrer Anwendung selbst kontrollieren und mußten dann auch Rechenschaft ablegen vor ihren Wählerinnen und Wählern.

b) Das Recht auf jederzeitige Absetzbarkeit der gewählten Vertreter gab den Werktätigen ein wirkliches Kontrollinstrument an die Hand, um aus Fehlern oder Fehlverhalten ihrer gewählten Vertreterinnen und Vertretern auch praktische Konsequenzen ziehen zu können.

c) Um dieses Kontrollinstrument zu verstärken wurde eine weitere Maßnahme beschlossen: Die gewählten Vertreterinnen und Vertreter sowie alle anderen Staatsbediensteten bekamen für ihre Arbeit lediglich Arbeiterlohn. Es wurden also jegliche Privilegien von Dele-

gierten und Staatsbediensteten, wie sie in bürgerlichen Staaten an der Tagesordnung ist, abgeschafft als wichtige Maßnahme gegen Karrierismus und Pöstchenjägerie.

2. Das, was in einem Land als demokratisch angesehen wird, hängt nicht unwesentlich von den geschichtlichen Besonderheiten des jeweiligen Landes, mit der Vorgeschichte und dem Verlauf der erkämpften Revolution zusammen: In Rußland wurden schon vor der Oktoberrevolution, im Verlauf der Revolution von 1905 und während der Februarrevolution 1917 Räte, die Sowjets, im Kampf der Volksmassen gebildet. Die Sowjet- oder Rätedemokratie wurde zum Inbegriff für sozialistische Demokratie. Von Beginn an wurde versucht, die Merkmale der Pariser Kommune auch in den Sowjets durchzusetzen, wobei diese Merkmale aufgrund einer anderen Klassenkampfsituation modifiziert werden mußte.

Ganz grob sah der Aufbau der Sowjetmacht folgendermaßen aus: Die Regions-, Gebiets-, Bezirks-, Dorf- und Stadtsowjets waren die lokalen Organe der Diktatur des Proletariats. Die Deputierten zu den Sowjets wurden von den werktätigen Massen gewählt, waren ihnen rechenschaftspflichtig und jederzeit absetzbar. Die Sowjets wählten wiederum Exekutivkomitees, die für die Umsetzung der Gesetze und Erlasse des Obersten Sowjets und der Beschlüsse der lokalen Sowjets zuständig waren und denen verschiedene Zweige der lokalen Staatsverwaltung unterstanden. Sie waren den entsprechenden Sowjets verantwortlich und mußten ihnen Rechenschaft ablegen.

Höchstes Organ der Staatsmacht war der Oberste Sowjet der Sowjetunion. Der Oberste Sowjet bildete die Regierung der UdSSR (den Ministerrat) als höchstes vollziehendes und verfügendes Organ, die dem Obersten Sowjet verantwortlich und rechenschaftspflichtig war.

Der Oberste Sowjet bestand aus zwei gleichberechtigten Kammern: Dem Sowjet der Union und dem Sowjet der Nationalitäten. Der Oberste Sowjet durfte Gesetze erlassen, er beschloß den Staatshaushalt und den Wirtschaftsplan für die ganze UdSSR. Der Sowjet der Union wurde nach Wahlbezirken gewählt (ab 1936: ein Deputierter auf 300.000 Einwohner). Der Sowjet der Nationalitäten wurde von den Unionsrepubliken, den autonomen Republiken, den autonomen Gebieten und den nationalen Bezirken nach einer bestimmten Norm gewählt (ab 1936: eine Unionsrepublik stellte 25 Deputierte, ein nationaler Bezirk einen Deputierten). Der Oberste Sowjet der einzelnen in der sozialistischen Sowjetunion vereinten Unionsrepubliken und autonomen Republiken war deren jeweilige höchste Staatsgewalt und bildete deren Regierung, die dem Obersten Sowjet der jeweiligen Unionsrepublik oder autonomen Republik verantwortlich und rechenschaftspflichtig war. (Auch die gewählten Deputierten dieser Sowjets und des Obersten Sowjet waren jederzeit absetzbar und ihren Wählern gegenüber rechenschaftspflichtig.) All dies garantierte in hohem Maße, daß die Besonderheiten der verschiedenen Nationen und Nationalitäten in der UdSSR auch wirklich berücksichtigt wurden.

3. Nach 1945 befreiten sich einige Länder Osteuropas durch nationale Befreiungsbewegungen und antifaschistische Kämpfe. Bei den breiten Massen dieser

volksdemokratischen Länder genossen die parlamentarischen Vertretungen nicht zuletzt deshalb, weil sie von den Nazi-Besatzern attackiert und abgeschafft worden waren, großes Ansehen und waren nicht – wie etwa die Duma in Rußland – diskreditiert. Einige volksdemokratische Staaten standen deshalb vor dem Problem, daß ein Frontalangriff gegen diese parlamentarischen Vertretungen von den breiten Massen nicht verstanden und akzeptiert worden wären. Gestützt auf die bewaffnete Arbeiterklasse wurden so auch mit parlamentarischen Formen und Institutionen – trotz aller Nachteile – erste Schritte zum Aufbau des Sozialismus begonnen.



Aus diesen Beispielen wird ersichtlich, daß an die Frage der Formen der sozialistischen Demokratie nicht abstrakt herangegangen werden darf unabhängig von Zeit und Ort, unabhängig von den geschichtlichen Besonderheiten des jeweiligen Landes, unabhängig davon, ob sich das Land in einem offenen Bürgerkrieg, im Krieg mit imperialistischen Mächten oder in einer Phase des friedlichen Aufbaus des Sozialismus befindet.

Alles wird darauf ankommen, der Pflege der Praxis der sozialistischen Demokratie egal in welchen Formen, auch unter den schlimmsten Bedingungen des Krieges oder auch unter der Drohung erneuter Kriege große Aufmerksamkeit zu schenken, damit die durch die Konterrevolution erzwungene Einschränkung der sozialistischen Demokratie nicht den Kern treffen: Daß das bewaffnete Proletariat selbständig und demokratisch organisiert den doppelten Kampf gegen die Konterrevolution und für den endgültigen Sieg des Kommunismus führt.

Anhang

Einige Aspekte des Kampfes der KP China und der PAA Albaniens zur Ausweitung der sozialistischen Demokratie in den 60er Jahren

Nach dem revisionistischen Farbwechsel der ehemals sozialistischen Sowjetunion (und der ehemals volksdemokratischen Länder) ab Mitte der 50 Jahre, mit dem eine neue Ausbeuterklasse in der Sowjetunion den Kapitalismus restaurierte und die sozialistische Demokratie liquidierte, sahen die KP China und die Partei der Arbeit Albaniens (PAA) in den 60er Jahren auch in ihren Ländern deutlich die Gefahr, daß durch Bürokratismus, durch lückenhaft und nicht umfassend genug entwickelte sozialistische Demokratie „neue Herren“, Bürokraten, Karrieristen, pro-imperialistische Kollaborateure die Macht an sich reißen können. Sie griffen Erfahrungen und Elemente aus der Praxis der sozialistischen Demokratie der sozialistischen Sowjetunion auf und entwickelten bzw. förderten weitere Ideen gegen diese Gefahr der Revision des Sozialismus und Kommunismus.

Wir müssen die Aufarbeitung, wie, also mit welchen Maßnahmen und Handlungen die Entfaltung der sozialistischen Demokratie in der Praxis durchgeführt wurde, den wirklich kommunistischen Kräfte in China und Albanien überlassen, da uns hier nur wenige Materialien vorliegen. Jedoch enthalten bereits die in dieser Zeitspanne veröffentlichten und uns vorliegenden Schriften der KP Chinas und der PAA wichtige Hinweise darauf, wie die Entfaltung der sozialistischen Demokratie mit Hilfe der Mobilisierung der breiten Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen

Bürokratismus und Liberalismus in Angriff genommen wurde, um der Liquidierung der sozialistischen Demokratie entgegenzutreten.

Die PA Albaniens förderte die allseitige kontroverse Debatte in den Betrieben und staatlichen Institutionen beispielsweise durch sogenannte „Flete Ruffe“ (wörtl. „Blitzzeitungen“), eine Art Wandzeitung, die die Werktätigen verfassen und in Betrieben und Behörden anbringen konnten, um sich gegen Arroganz, Wichtigtuerei, Chef-Allüren, Bürokratismus, aber auch etwa Verantwortungslosigkeit und Egoismus zu wehren und „Kritik von unten“ zu üben. In den Fabriken schufen die Arbeiter bei Bedarf Arbeitskommissionen, die die Arbeit der Fabrik-Direktion, der Verwaltungskader und der einzelnen Abteilungen überprüften und dann in Versammlungen die Ergebnisse der Überprüfung und die Mittel zur Behebung der erkannten Fehler diskutierten.

Alle nicht produktiv, sondern in der Verwaltung tätigen Kader, die einen Großteil ihrer täglichen Arbeitszeit nicht in der Produktion verbrachten – sei es aus der Partei, den Gewerkschaften oder anderen Massenorganisationen, den Betrieben oder den staatlichen Behörden – wurden verpflichtet jedes Jahr drei Monate in der Produktion zu arbeiten. Dieses Rotationssystem wurde eingeführt als eine Maßnahme gegen die Gefahr der Loslösung dieser Kader von den Problemen der Massen.

In China wurden insbesondere während der Kulturrevolution Mitte der 60er Jahre verschiedenste Formen der sozialistischen Demokratie in massenhaftem Umfang praktiziert. Es wurden lebendige Debatten geführt auf Betriebsversammlungen und Massenaussprachen. In Wandzeitungen, den sogenannten „Dazibao“ wurde die Kritik der Massen gefördert. Ähnlich wie in Albanien waren nicht produktiv tätige Kader verpflichtet, sich an der produktiven Arbeit zu beteiligen.

Besonders gewichtig mit dem Machtantritt der Chruschtschow-Revisionisten vor Augen scheint uns, daß Mao Tse-tung bzw. die KP Chinas die Heranziehung und Ausbildung von revolutionären „Nachfolgern“, von jungen kommunistischen Kadern eben jener Generationen, die den Klassenkampf unter kapitalistischen Verhältnissen vielleicht gar nicht mehr aus eigener Erfahrung kennen, als eine Kernfrage des Klassenkampfes und der Verhinderung der revisionistisch-kapitalistischen Restauration erkannt hat. Gerade diese jungen Genossinnen und Genossen müssen eine umfassende theoretische und praktische Erziehung im Geiste des wissenschaftlichen Kommunismus erhalten, forderte Mao Tse-tung und bezeichnete diese Frage zu Recht als „Frage auf Leben und Tod“. Er wies darauf hin, daß zur Verhinderung einer revisionistisch-kapitalistischen Restauration nicht nur eine richtige Linie und eine richtige Politik ausschlaggebend sind, sondern auch die erfolgreiche Heranziehung von zahlreichen, mit der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus gewappneten Nachfolgern, die die von der älteren Generation begonnene revolutionäre Sache

fortsetzen, um sicherzustellen, daß der sozialistische Staat auch weiterhin auf dem richtigen Weg voranschreitet.

Die KP Chinas erweiterte und intensivierte im Rahmen der Kulturrevolution den Kampf gegen die bürgerliche Ideologie auch in Bereichen wie Kunst, Kultur oder Bildung. Sie forderte, daß die Aktivitäten in diesen Bereichen eben kein „Broterwerb“ im luftleeren, „Ideologie-freien“ Raum sein können, sondern daß es auch in Kunst, Kultur und Bildung darum geht, daß die Massen im Kampf gegen die bürgerliche Ideologie sich Kenntnisse in Kunst und Kultur aneignet und eine kommunistisch orientierte Kunst und Kultur entwickelt. Eine wichtige Erfahrung scheint uns hier insbesondere, daß Mao Tse-tung die Rolle des „Lernens durch negatives Beispiel“ betont hat, also die Kenntnis und Auseinandersetzung mit den politisch-theoretischen, kulturellen, künstlerischen usw. Produkten aus der Giftküche der konterrevolutionären bürgerlichen Ideologie. Das Motto war: Pflanzen, die steril in „Treibhäusern“ wachsen, können keine große Lebenskraft entwickeln.

Diese Erfahrungen sind Teil der notwendigen internationalen Aufarbeitung der Ursachen für die Verwandlung der sozialistischen Demokratie in polizeistaatliche Diktaturen über die Massen in der Sowjetunion, in den osteuropäischen Ländern und schließlich auch in China und Albanien.

Zu den Begriffen „Demokratie“, „Diktatur“ und „Staat“

Wer sich mit der Frage des Staats, der Demokratie oder der Diktatur auseinandersetzt, muß sich zunächst einmal bewußt werden, daß hier auf begrifflichem Gebiet Klarheit erforderlich ist und daß dieselben Begriffe oft in unterschiedlicher Bedeutung verwendet werden.

„Demokratie“

Nehmen wir den Begriff „Demokratie“. „Demokratie“ bzw. „demokratisch“ hat eine Fülle von Bedeutungsebenen, die auseinanderzuhalten nicht immer einfach ist. Die einfache Frage, was „Demokratie“ bedeutet und ausmacht, was Demokratie geschichtlich gewesen ist und welche positive Tradition die bisherigen Demokratien enthalten, so daß dieser Begriff auch von der sich befreienden Arbeiterklasse übernommen werden kann, bringt schon Probleme mit sich. Neben den positiven Elementen waren die bisherigen Demokratien nämlich Staatsformen, die sich dadurch auszeichneten, daß sie ein Instrument zur Sicherung der Herrschaft der Ausbeuterklassen waren. Und dennoch trug die Idee der Demokratie – trotz der undemokratischen Realität der sich als demokratisch verstehenden Staaten – ein Element revolutionären Handelns in sich: Wer verkündet, daß eigentlich die Mehrheit entscheiden soll, der hat ein Problem, wenn offensichtlich wird, daß doch eine Minderheit die eigentliche Macht in den Händen hat.

Die am Ideal der Gerechtigkeit entstandenen Überlegungen und Ideen zur Demokratie haben – wie die Dialek-

tik als Methode der Erkenntnis – weltgeschichtlich, so die bisher überlieferten Quellen, im Altertum, in Athen ihren Ursprung. Ausgerechnet in einem reichen Sklavenhalterstaat, der nicht nur Sklaven, sondern auch sogenannte „Barbaren“ und Frauen, also die übergroße Mehrheit der Athener Bevölkerung, von der Demokratie ausschloß, bildeten sich demokratische Formen der Verständigung und Entscheidungsfindung unter den wohlhabenden männlichen Bürgern Athens heraus, die noch heute, mehr als 2000 Jahre später, unter dem griechischen Begriff „Demokratie“ („Volksherrschaft“) als hohes Kriterium gelten.

Die Formen der Demokratie haben sich im Laufe der Jahrhunderte, ja Jahrtausende verändert. In den Republiken des alten Griechenland, in den Städten des Mittelalters, in den heutigen kapitalistischen Staaten hat die Demokratie verschiedene Formen und Ausdehnung, doch es gab eine Gemeinsamkeit: Sie waren stets – betrachtet man die Rahmenbedingungen – eine Demokratie der Minderheit, für die Minderheit!

Auch im Kampf zwischen Kommunismus und Kapitalismus wird „Demokratie“ als Kriterium zur Entlarvung der jeweils anderen Seite anerkannt. Ja, in gewisser Weise steht diese Frage – wie etwa auch die Frage der „Menschenrechte“ – im Mittelpunkt dieses Kampfes und der Selbstbeweihräucherung der heutigen imperialistischen Staaten und ihren Ideologen.

„Diktatur“

Nehmen wir den Begriff der „Diktatur“, der ja dem Begriff der „Demokratie“ häufig gegenübergestellt wird. In der Alltagssprache kennen wir Militärdiktaturen im Sinne von reaktionären Terrorregimes. Diese oberflächliche Sichtweise blendet jedoch aus, daß alle heute existierenden kapitalistisch-imperialistischen Staaten, so demokratisch sie sich auch selbst nennen mögen, eben auch nur eine verschleierte Form der Klassendiktatur einer Minderheit von Ausbeutern ist.

Der sozialistische Staat, der sich als Diktatur des Proletariats bezeichnet, nimmt diese begrifflich „vorbelastete“ Terminologie, diesen Nachteil in der Namensgebung in Kauf, um offen und ehrlich zu erklären, daß die sozialistische Demokratie, die dieser sozialistische Staat entfaltet und ausweitet mit dem Ziel, sich selbst in einer klassen- und staatenlosen Gesellschaft überflüssig zu machen, eben keine Demokratie für alle und schlechthin, sondern für die ehemals ausgebeutete Mehrheit ist, während die Konterrevolutionäre sowie, aber unter Umständen auch die ehemaligen Ausbeuter in ihren demokratischen Rechten eingeschränkt und von der Demokratie ausgeschlossen werden, weil die Frage der demokratischen Rechte nicht absolut diskutiert werden kann. Der sozialistische Staat nennt sich Diktatur des Proletariats nicht nur, um sich abzusetzen von der Heuchelei der bürgerlichen Demokratie, die eine Demokratie für eine Minderheit, eine verkappte Diktatur der Bourgeoisie ist, sondern weil die Frage der Diktatur – wie auch der Demokratie und des Staates –

eben keine über den Klassen stehende Frage ist, sondern vom Klassenstandpunkt aus analysiert werden muß.

„Staat“

Nehmen wir den „Staat“. Die Rolle der Ausbeuterstaaten im engen, im eigentlichen Sinne besteht darin, daß sie ein Instrument der jeweils herrschenden Klassen zur Unterdrückung der Ausbeuteten sind, daß ihre wesentlichen Komponenten Justiz, Polizei und Armee sind.

Im Alltagssprachlichen Gebrauch finden wir eine weitere, umfassendere Bedeutung des „Staats“, wenn beispielsweise bestimmte staatliche Institutionen wie Kliniken, Bibliotheken, statistische Ämter usw. als Teil des Staates bezeichnet und begriffen werden. Dabei liegt es auf der Hand, daß die Ideologen der Herrschenden in der Staatsfrage den Akzent auf die „karitativen“ Funktionen legen, um seine Unterdrückungsfunktionen zu verschleiern.

Unklarheiten in dieser Frage konnten ausgenutzt werden und werden genutzt: Nicht nur bei der Frage nach dem Wesen des reaktionären Staates, sondern etwa auch bei Frage der Zerschlagung des reaktionären Staatsapparates im Hinblick darauf, was zerschlagen werden muß, was übernommen werden kann.

Ein enges, auf seine Unterdrückungsfunktion beschränktes Verständnis vom Staat führt bei der Diskussion über den sozialistischen Staat dazu, daß womöglich ausschließlich dessen unterdrückerrische und diktatorische Seite gegenüber den alten Ausbeuterklassen und den Konterrevolutionären hervorgeho-

ben wird. Doch der sozialistische Staat erfüllt neben diesen gewichtigen diktatorischen, in gewissem Sinne „destruktiven“ Aufgaben eben auch gewaltige „konstruktive“ Aufgaben zum Aufbau des Sozialismus. Die auch im Sozialismus staatlich organisierten Aufgaben auf wirtschaftlichem, bildungspolitischen oder gesundheitspolitischem Gebiet sind dabei keine Aufgaben im Sinne des Staates als Unterdrückungsapparat, eines Staates im „eigentlichen Sinne“.

Das bedeutet, daß wir mit einem ausschließlich engen, nur den Wesenskern der historischen Rolle des Staates erfassenden Verständnis Schwierigkeiten ha-

ben, die vielfältigen Aufgaben des sozialistischen Staates präzise zu beschreiben. Hinzu kommt, daß in den Schriften der Klassiker häufig sozialistischer Staat, proletarischer Staat oder Diktatur des Proletariats austauschbar und synonym verwendet wird, und zwar wenn es darum geht hervorzuheben, daß die staatlich organisierte Arbeiterklasse eben nicht nur mit Zwang und diktatorisch gegen den Klassenfeind vorgeht, sondern demokratisch mit der Methode der Überzeugung das gesamte eigene Leben in die Hand nimmt und organisiert.

Hinweise für das weitere Studium

Lenin erklärte in seiner Schrift „Über den Staat“ von 1919, daß die Staatsfrage eine der verwickeltesten und schwierigsten Fragen ist, die von bürgerlichen Gelehrten, Schriftstellern und Philosophen wohl am schlimmsten verwirrt worden ist, denn sie berührt die politischen Interessen der Ausbeuterklassen stärker als jede andere Frage. Diese von den Ideologen des Imperialismus geförderte Verwirrung wird durch alltags-sprachliche Verwendung und Bedeutung dieser Begriffe nicht gerade aufgelöst.

Beim Studium der Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus gilt es Bedeutungsfärbungen und Akzentsetzungen zu erkennen, um den wirklichen Sinn bestimmter Erörterungen und Überlegungen in einem bestimmten Zusammenhang zu verstehen.

● Marx, „Bürgerkrieg in Frankreich“ (1871). In dieser Schrift, verfaßt unmittelbar nach der Niederschlagung der Pariser Kommune, analysiert Marx die wesentlichen Merkmale, Verdienste und Schwächen dieses ersten Versuchs der gewaltsamen Revolution zur Errichtung eines sozialistischen Staates. Insbesondere wertete Marx die praktischen Erfahrungen der Pariser Kommune im Hinblick auf die errichtete sozialistische Demokratie aus. (Marx/Engels Werke, Band 17, S: 319 – 365 bzw. Ausgewählte Werke, Band 1, S. 446 –518, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, 2004)

● Engels, „Der Ursprung des Familie, des Privateigentums und des Staats“ (1884). In dieser Schrift zeigt Engels, daß der Staat „nicht von Ewigkeit her“

ist, sondern mit der Entstehung und Entwicklung des Privateigentums und der Klassen zusammenhängt. Engels weist zugleich nach, daß – auf der Grundlage der gewaltsamen Zerschlagung der kapitalistischen Ausbeuterordnung in der proletarischen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats – die Entwicklung der kommunistischen, der klassenlosen Gesellschaft jegliche Staatsgewalt absterben läßt (Marx/Engels Werke, Band 21, S. 25 – 173 bzw. . Ausgewählte Werke, Band 2, S. 159 –304, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, 2004.)

● Lenin, „Staat und Revolution“ (1917). In dieser Schrift stellte Lenin die relevanten Äußerungen von Marx und Engels zur Frage der sozialistischen Demokratie und der diktatorischen Unterdrückung der Konterrevolution gegen die Verfälschungen von Kautsky und Konsorten zusammen. Er weist nach, daß es unter den Bedingungen des Imperialismus um so dringender ist, die Arbeiterinnen und Arbeiter systematisch im Sinne der Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution, der gewaltsamen Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats, über die befreiende Rolle der revolutionären Gewalt zu erziehen. Lenin geht auch ausführlich auf den Prozess des Absterbens des sozialistischen Staats und der Verstärkung der sozialistischen Demokratie ein (Lenin Werke, Band 25, S. 383 – 507 bzw. als Einzelschrift im Verlag Olga Benario und Herbert Baum, 1997)

● Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ (1918).

Lenin verfaßte dieser Schrift zu einer Zeit, als die proletarische Revolution in einer ganzen Reihe von Ländern auf der Tagesordnung stand und die Kommunistinnen und Kommunisten als „undemokratisch“ diffamiert wurden. Lenin zergliedert und widerlegt die demagogische Argumentation Kautskys, die Bolschewiki seien undemokratisch, Diktatur und Demokratie würden sich ausschließen, „demokratisch“ bedeute „friedlich“, und beweist, wie undemokratisch in Wirklichkeit Kautsky Thesen von der „reinen Demokratie“ sind, da sie die Klassendemokratie der Bourgeoisie legitimiert. (Lenin Werke, Band 28, S. 225 – 327 bzw. Ausgewählte Werke, Band 2, S. 411 – 502, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, 2004)

● Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus“ (1924). In dieser Schrift gibt Stalin eine kompakte Darlegung der Grundzüge der Theorie Lenins. Angesichts des Ausbleibens der Revolution in anderen Ländern wies er nach, daß die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Land unter kapitalistischer Umkreisung existiert. Er betonte gleichzeitig, daß die Diktatur des Proletariats kein Selbstzweck, sondern Mittel im langwierigen und vielschichtigen Kampf gegen die innere und inter-

nationale Konterrevolution ist und analysiert Grundmerkmale der Sowjets als Form der sozialistischen Demokratie. (Stalin Werke, Band 6, S. 62 – 166 bzw. als Einzelschrift im Verlag Olga Benario und Herbert Baum, 1997)

● Stalin, „Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B)“ (1939). In diesem Bericht behandelt Stalin insbesondere die Frage, warum auch nach Liquidierung der Ausbeuterklassen, nach Wegfall der „inneren“ militärischen Unterdrückung der Konterrevolution, die „äußere“ militärische Abwehr von Überfällen der imperialistischen Konterrevolution bestehen bleibt, solange die kapitalistische Umkreisung bestehen bleibt. (Stalin Werke, Band 14, S. 222 f.)

● Leninismus – Lesehefte für Schulung und Selbstunterricht „Die Diktatur des Proletariats“ und „Der Kampf um den Sieg des sozialistischen Aufbaus“ (1935). In diesen beiden Teilen sind wichtige Passagen von Marx, Engels, Lenin, Stalin, der KPdSU(B) und der Kommunistischen Internationale zu den diktatorischen, unterdrückerischen und den sozialistisch-demokratischen Aufgaben des sozialistischen Staates zusammengestellt. (Verlag Olga Benario und Herbert Baum, 2004)

Hinweise für eigenständiges Studium und kollektive Schulung des wissenschaftlichen Kommunismus

- Die Theorie des Kommunismus ist eine Wissenschaft, die auch „wie eine Wissenschaft betrieben, d. h. studiert werden will“ (Engels).
- Grundsätzlich ist das Selbststudium des Schulungstextes unabdingbare Voraussetzung. Dazu gehört die Anfertigung von Auszügen, das Notieren von Fragen, Kritiken und Anmerkungen. Diese Vorbereitung im Selbststudium lässt sich durch eine gemeinsame Schulung nicht ersetzen und umgekehrt.
- Für eine erfolgreiche kollektive Schulungssitzung sind eine bewusste Aufteilung der Verantwortung und ein geplanter Ablauf wesentlich, die dennoch genug Spielraum für unerwartete Diskussionen lassen. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind aktiv einzubeziehen. Auf jeden Fall sollte zu Beginn und ganz am Schluss einer Schulungseinheit über Methoden und Verlauf der Schulung diskutiert, neue Vorschläge sollten erprobt werden.
- Es kommt vor allem darauf an, die Argumentationsstruktur, die Logik des Aufbaus und die grundlegenden Gedanken des Werkes zu verstehen. Weiter gilt es, das Studium dieser Texte auch mit heutigen Fragestellungen zu verbinden. Das Ziel des Studiums ist letztlich, die wissenschaftlich-kommunistische Fähigkeit zu entwickeln, theoretische Grundlagen auf heutige, aktuelle Probleme anzuwenden.
- Eine Grundvoraussetzung dafür ist, am Text zu prüfen, welche Thesen nur abhängig von engen zeitlichen und räumlichen Bedingungen zutreffend waren und welche Aussagen in größerem Umfang, bis heute gültig sind.
- Bei den Texten können und müssen unterschieden werden: wissenschaftliche Werke, politische Kampfschriften, tagespolitische Stellungnahmen sowie zu Lebzeiten der Autorinnen und Autoren unveröffentlichte Manuskripte, Entwürfe, Notizen und Briefe.
- Vorgeschichte, Veröffentlichungsgeschichte und Wirkungsgeschichte sollten im Zusammenhang mit den Ansichten der jeweiligen Kontrahenten, gegen die sich eine Schrift wendet, studiert werden. Ebenso ist es wichtig, sich mit den geschichtlichen und aktuellen revisionistischen Verfälschungen auseinanderzusetzen.
- Leitfäden und Schulungshilfen können das eigenständige kritische Studium und die kollektive Schulung unterstützen, sofern sie wirklich auf kommunistischer Grundlage erstellt worden sind. **Auf jeden Fall ist ein kritisches Studium des Originalwerks unerlässlich.**

Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Band 15:

Karl Marx

Der Bürgerkrieg in Frankreich (1870/71)

In dieser Grundschrift des wissenschaftlichen Kommunismus analysiert Marx die Kämpfe und Erfahrungen der Pariser Kommune 1870/71, dem welthistorisch ersten Versuch des Sturzes der Bourgeoisie und der Errichtung der Diktatur des Proletariats. Marx entwickelt vor allem zwei Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus:

Die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats durch die bewaffneten Kräfte des Proletariats und seiner Verbündeten ist notwendig, um die Bourgeoisie als herrschende Klasse in einer Revolution stürzen zu können.

Die Diktatur der Proletariats muss nach dem Sturz der Bourgeoisie errichtet werden, um den Kommunismus erkämpfen zu können. Sie ist ein neuer, revolutionärer Staat, der auf der Macht des bewaffneten Proletariats und der breitesten sozialistischen Demokratie für die früher ausgebeuteten werktätigen Massen beruht. Die gewaltsame Niederhaltung der Konterrvolution, die nichts unversucht lassen wird, um ihre alte Macht wieder herzustellen, sowie umfassende Kontrolle der breiten Massen über die Staatsangestellten als Mittel im Kampf gegen Bürokratismus und gegen die reale Gefahr der Restauration des Kapitalismus von „innen“ heraus, das sind Wesensmerkmale der Diktatur des Proletariats.

154 Seiten, Offenbach 2013, 6 €
ISBN 978-3-86589-103-9

Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)



Dokumente zum Kampf gegen Bürokratismus und Revisionismus in der KPdSU(B)

J. W. Stalin: **Über die Mängel der Parteiarbeit** (1937)

A. A. Shdanow: **Abänderungen am Statut der KPdSU(B)** (1939) und weitere Materialien

In Stalins Rede „Über die Mängel der Parteiarbeit“ von 1937 wird das formale und herzlos-bürokratische Verhalten, was sich mit der Maske des Kampfs gegen den Trotzismus tarnte, bei nicht wenigen Parteimitgliedern angeprangert. Auch in dem Bericht Shdanows auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU(B) im Jahr

1939 wird eine Fülle von konkreten Belegen für erschreckende Vorgänge von bürokratischer Willkür und Unterdrückung innerhalb der KPdSU(B) gegeben.

Tatsächlich gab es also große Mißstände und auch Fehler. Gegen diverse Verleumder von Stalin und des Kommunismus ist die Feststellung wesentlich, daß diese negativen Erscheinungen nicht in der Linie und Politik von Stalin und dem damaligen ZK der KPdSU(B) selbst begründet waren, sondern Abweichungen davon darstellten, die zu einem großen Teil erkannt wurden, denen in Theorie und Praxis der Krieg erklärt wurde. Dieser nötige Kampf konnte nur auf der Grundlage der von Stalin führend vertretenen und propagierten kommunistischen Linie erfolgreich geführt werden. Das belegen gerade auch die hier abgedruckten Dokumente.

236 Seiten, Offenbach 2009, 20 €
ISBN 978-3-932636-74-5

Rote Hefte ● Bisher erschienen:

- Nr. 1: Marx / F. Engels: **Manifest** der Kommunistischen Partei
- Nr. 2: Warum die revisionistische Theorie vom **friedlichen Weg** zum Sozialismus grundfalsch ist. — Zur „Polemik“: Die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU(B) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)
- Nr. 3: Über den bewaffneten Aufstand gegen die nazi-faschistischen Besatzer: **Nepal**, September 1943
- Nr. 4: Über den bewaffneten Aufstand gegen die nazi-faschistischen Besatzer: **Prag**, Mai 1945
- Nr. 5: Über den bewaffneten Aufstand gegen die nazi-faschistischen Besatzer: **Paris**, August 1944
- Nr. 6: Der revisionistische **XX. Parteitag** der KPdSU 1956. Entscheidender ideologischer Wendepunkt zur Restauration des Kapitalismus in der UdSSR und zur imperialistischen Konterrevolution
- Nr. 7: Grundlegende Merkmale der **kommunistischen Gesellschaft**
- Nr. 8: Karl **Marx**: Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie
W. I. **Lenin**: Die Lehren des Moskauer Aufstandes von 1905
- Nr. 9: R. **Luxemburg**, K. **Liebnecht** und die revolutionäre KPD (1918)
- Nr. 10: Der Aufruf des ZK der **KPD** vom 11. Juni **1945**
- Nr. 11: 50 Jahre **Bundeswehr**. Die Zukunftspläne des Militärs: Krieg
- Nr. 12: **Religion**. Opium des Volks, Opium für das Volk
- Nr. 13: Kampf um das revolutionäre Erbe Ernesto **Che Guevaras**
- Nr. 14: 70 Jahre **spanischer Bürgerkrieg**. Die Bedeutung des bewaffneten Kampfes der Völker Spaniens gegen Faschismus und militärische Intervention
- Nr. 15: Die Bombardierung **Dresdens**. Ein Prüfstein für die korrekte Haltung gegen Nazismus und Nationalismus
- Nr. 16: Zur Einschätzung **Mao Tse-tungs**. Seine Verdienste – seine Fehler
- Nr. 17: Die Verbrechen der Nazis und der **Nürnberger Prozess** (1946)
- Nr. 18: Zur Linie der **KPD** von **1929 bis 1933**
- Nr. 19: Die Nazi-Ideologie vom „lebensunwerten Leben“ – Von der Diskriminierung bis zum Massenmord
- Nr. 20: Kommunistische Positionen gegen die Diskriminierung und Verfolgung Homosexueller
- Nr. 21: Zum Kampf gegen den Antiziganismus. Der Nazi-Völkermord an den Sinti und Roma im besetzten Europa und der **Antiziganismus** in Deutschland heute

- Nr. 22: Zum Kampf gegen den **Antisemitismus** (Teil I)
Vor aller Augen: Das **Novemberpogrom 1938**
- Nr. 22: Zum Kampf gegen den Antisemitismus (Teil I)
Vor aller Augen: Das Novemberpogrom 1938 (*in hebräisch und deutsch*)
- Nr. 23: Der deutsche Imperialismus und die Niederschlagung des
Boxeraufstands in China 1900
- Nr. 23: Der deutsche Imperialismus und die Niederschlagung des
Boxeraufstands in China 1900 (*in chinesisch und deutsch*)
- Nr. 24: Zum Kampf gegen den **Antisemitismus** (Teil II)
Der **Nazi-Völkermord** an der jüdischen Bevölkerung in Europa
- Nr. 24: Zum Kampf gegen den Antisemitismus (Teil II)
Der Nazi-Völkermord an der jüdischen Bevölkerung in Europa
(*in hebräisch und deutsch*)
- Nr. 25: Der UN-Teilungsplan für **Palästina** und die Gründung des Staates **Israel**
(1947/48)
- Nr. 26: 1917 – Sozialistische **Oktoberrevolution** in Russland.
Der siegreiche Aufstand des Proletariats gegen die Bourgeoisie
- Nr. 27: Die weltweiten Verbrechen der Konterrevolution 1918 bis 1935.
Bericht der **Internationalen Roten Hilfe** aus dem Jahr 1935
- Nr. 28: Diskriminierung von Menschen mit dunkler Hautfarbe in Deutschland
- Nr. 29: Die Kämpfe in **Griechenland** 1941–1949. Die Kämpfe gegen die
Nazi-Besatzer (1941–1944) und gegen die englisch-amerikanische
Intervention (1944–1949)
- Nr. 30: Der **Hamburger Aufstand** 1923
- Nr. 31: **Reaktionäres Preußentum** – Kriegsverbecher Friedrich II. –
Zum reaktionären Völkerschlachtdenkmal – Marx und Engels
über das reaktionäre Preußentum (Moskau 1944, Auszug)
- Nr. 32: Bericht des **Internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald** (1949)
– Auszug
- Nr. 33: Das **Potsdamer Abkommen**
- Nr. 34: Lenin und die **Vorbereitung der Oktoberrevolution**
- Nr. 35: Es geht nicht nur um **Sarrazin!**
Hetze gegen Hartz-IV-Betroffene. Anti-islamische und
anti-muslimische Hetze, Eugenik, deutsche Herrenmenschenideologie
und Antikommunismus
- Nr. 36 **VW** - Musterbetrieb des Nazi-Faschismus

Rote Studienhefte ● Bisher erschienen:

Beiträge zum Studium der Schriften:

- Nr. 1: Karl Marx / Friedrich Engels, **Manifest der Kommunistischen Partei**
Karl Marx, **Kritik des Gothaer Programms**
- Nr. 2: J. W. Stalin, **Über die Grundlagen des Leninismus** (1924)
Autorenkollektiv, **Geschichte der KPdSU(B) — Kurzer Lehrgang** (1938)
- Nr. 3: Karl Marx, **Der Bürgerkrieg in Frankreich** (1871)
- Nr. 4: W. I. Lenin, **Was tun?** (1902)
- Nr. 5: W. I. Lenin, **Staat und Revolution** (1917)
Anhang: W. I. Lenin, **Über den Staat** (1919)
- Nr. 6: W. I. Lenin, **Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky** (1918)
W. I. Lenin, **Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus** (1920)
- Nr. 7: W. I. Lenin, **Materialismus und Empirio-kritizismus** (1908)
- Nr. 8: W. I. Lenin, **Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus** (1916)
W. I. Lenin, **Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus** (1916)

Preis pro Heft: 1 Euro

Alle Hefte für 1 € zu beziehen über:

Verlag Olga Benario und Herbert Baum
Postfach 10 20 51
D-63020 Offenbach a.M.
info@verlag-benario-baum.de
www.verlag-benario-baum.de